

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,  
des Amtsgerichtes beim Amtshauptmannschaftsamt  
Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen.

Postkonton: Dresden 1850  
Stroße Riesa Nr. 52.

A. 11.

Mittwoch, 14. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigertages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 100 Zeilen 1. Klasse 100 Gold-Pfennige, die 20 von dreizehn Zeilen 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge können nur durch die Redaktion der Zeitung oder durch den Verleger, den Druckereibesitzer oder den Verleger der Zeitung — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Von Marx zu Luther.

Es ist ein eigenartiges Spiel des Zufalls, daß in der jüngsten und peinlichsten deutschen Regierungskrise zwei so bekannte Namen wie Marx und Luther die Hauptrollen spielen. Aber es wäre Wortwiesel, wenn man den Zentrumsführer Marx und den parteimäßig nicht sehr fest gebundenen Volksparteier Dr. Luther in irgend eine Beziehung zu den großen Trägern ihrer Namen brächte. Wir wollen uns deshalb gleich der Frage zuwenden, wie es gekommen ist, daß Dr. Luther mit seinen Kabinettsbildungsversuchen weiter gekommen ist als Herr Marx. Und dieser hatte ja schon die verschiedensten Wege vorgeschlagen, so daß kaum noch ein neuer übrig zu sein schien. Aber die meisten Pläne hingen noch zu fest an den Fraktionen, so daß deren „Ansprüche“ auf so und so viele Ministerposten Schwierigkeiten bereiteten, während das Kabinett der Staatssekretäre praktisch unmöglich war. Dr. Luther ist nun, nachdem auch er vergeblich eine Kabinettsbildung auf parlamentarischer Grundlage versucht hatte, doch noch einen neuen Weg gegangen. Er hat vorgeschlagen, daß jede bürgerliche Fraktion nur einen Verbindungs- oder Vertrauensmann in das Kabinett entsenden soll, ohne dadurch zur Unterstützung der Regierung verpflichtet zu sein, und daß die übrigen Ministerien durch Fachminister besetzt werden sollen, die allerdings ebenfalls in einem gewissen Vertrauensverhältnis zu der einen oder der anderen Partei stehen sollen. Die Verbindung zwischen dem Kabinett und den daran lose beteiligten Fraktionen soll in der Weise herbeigeführt werden, daß diese vorher ihre Anträge der Regierung zur Kenntnis bringen, während andererseits die Regierung vor Einberufung ihrer Gesandten mit den Fraktionsführern Rücksprache nehmen will.

Eine solche Konstruktion entfernt sich offenbar ziemlich weit von den üblichen Formen unter dem parlamentarischen Regime. Sie löst es auch den an der Regierung beteiligten Parteien unbenommen, eine Vorlage abzulehnen, und gewährt andererseits dem Kabinett die Freiheit, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, falls sich die nicht beteiligten Parteien damit einverstanden erklären. Es wäre denkbar, daß sich auf diesem Wege eine spezifisch deutsche Form des Parlamentarismus herausbilden könnte; und ein praktischer Versuch in dieser Richtung ist gewiß nur zu begrüßen. Unsere Linksparteien freilich, denen ihre Prinzipien weit über das praktische Staatsinteresse gehen, sind bereits einem solchen Kabinett scharfe Opposition an. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Demokraten sprechen von einer verfehlerten Bürgerblockregierung oder von einem neuen Kabinett Cuno und wollen nichts damit zu tun haben. Bei den Demokraten wird dadurch die Weker-Frage akut, da auf das Verbleiben Dr. Weckers im Kabinett das Zentrum entscheidenden Wert legt und er selbst auch offenbar dazu bereit ist, während die demokratische Reichstagsfraktion in die Opposition zu gehen beabsichtigt.

In diesen Streit spielen wohl auch gewisse Vorwürfe hinein, die man Herrn Wecker von links her wegen der Haltung der Reichswehr in der Abrüstungsfrage macht. Das Zentrum dagegen hat sich bereits damit einverstanden erklärt, daß Dr. Braunns Reichsarbeitsminister bleiben soll, und die „Germania“ betont ausdrücklich, daß Dr. Braunns einen Wunsch der Reichstagsfraktion folge, wenn er seine grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt in das Kabinett Luther erklärt habe. Sie begründet diese neue Wendung damit, daß das Zentrum auf rasche Beendigung der unerkündeten Kabinettsbildung dringen wolle und Dr. Luther auch in den Zentrumskreisen ein gewisses Vertrauen genieße. Man wird wohl hinzuzufügen dürfen: das Zentrum hatte sich durch die Ablehnung sowohl des Rechts als auch des Linksblocks in eine unhaltbare Position hineinmanövriert und mußte nun nach einem Notausgang suchen. Trotzdem geht offenbar der Weker-Frage diesen Weg nur äußerst ungern, und die Blätter der Linken geben sich alle Mühe, diese Abneigung noch zu verstärken. Sie bezeichnen die Entwürfe der Reichsregierung über die Finanzkandale als Einschüchterungsversuche und wollen das Zentrum ermuntern, sich nicht darum zu kümmern. Aber es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die kompromittierten Herren dem linken Flügel des Zentrums angehören und daß die enge Verbindung mit den Sozialdemokraten, die sich an der Reinigungsaktion nicht beteiligen wollen, s. St. etwas sehr Ueblisches an sich hat. So wird wohl auch hierdurch der Zentrumskreis der Entschluß erleichtert, einmal die lose Verbindung mit der Rechten zu versuchen. Freilich ist noch nicht aller Tage Abend, und das Kabinett Luther wird niemals vor einem plötzlichen Gegenstoß des Herrn Dr. Wecker sicher sein.

Vorläufig wird man also nur von einem Versuch und einem Übergangskabinett sprechen können, und es werden sich die alten Schwierigkeiten herausstellen, dafür geeignete Männer aus der Praxis als Minister zu gewinnen. Da dies aber augenscheinlich s. St. der einzige Ausweg ist, muß man die dringende Erwartung ausdrücken, daß sich Männer finden werden, die persönliche Opfer zu bringen bereit sind, und daß die Partei wenigstens eine Zeit lang das Kabinett regieren lassen werden. Es hat sich jetzt doch wahrhaftig zur Genüge herausgestellt, wie leicht es ist, eine Regierung zu führen, und wie schwer, eine neue auf die Beine zu stellen. Nur wer die bessere Lösung bereits sicher in der Tasche hat, dürfte in der nächsten Zeit die Verantwortung für einen Kabinettssturz auf sich nehmen. Es liegt ja auch auf der Hand, daß ein solches Kabinett Luther kein Kabinettskrisen gegen die Linke sein und keine soziale Reaktion betreiben könnte. Hat die Linke trotzdem Anlaß, an der Politik der Regierung Kritik zu üben, so mag sie das tun und die Zeit abwarten, bis die Volkswirtschaft sich soweit erholt hat, daß eine Linkskoordination auf eine parlamentarische Mehrheits-

zu rechnen hätte. Im Augenblick aber sollte es auch der Linke nur erwünscht sein, die reifliche Klärung der Finanzkandale abzuwarten, ohne daß sie selbst an der Regierung beteiligt ist.

## Amthlicher Bericht über die Regierungsbildung.

Berlin. Gegen 9.30 abends wurde gestern folgender amtlicher Bericht über die Regierungsbildung ausgegeben: Der heutige Tag wurde mit Verhandlungen über Personenfragen ausgefüllt. Die Verhandlungen sind soweit fortgeschritten, daß für morgen Mittwoch die Betrauung des Reichsministers der Finanzen Dr. Luther mit der Regierungsbildung erwartet werden darf.

### Luther beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident empfing gestern abend gegen 10 Uhr den Finanzminister Dr. Luther zur Berichtserstattung über die bisherigen Verhandlungen mit den Parteien.

### Personalien.

Draußen hat man nur ein geringes oder gar kein Interesse daran, ob dieses Ministerium mit dieser und jener Persönlichkeit besetzt wird. In den Fraktionszimmern aber ist es umgekehrt: da spielen die Personalfragen fast die Hauptrolle. Und auch bei den letzten Besprechungen über die Bildung des Kabinetts Luther ergeben sich die meisten Schwierigkeiten nicht aus politischen sondern aus „persönlichen“ Differenzen. Man erwidert es, wie uns scheinen will, sehr gar zu oft, daß die erwähnten Volkswirtschaftler auf Dinge verfallen sind, die der Wählerkraft ganz gleichgültig sind. Man sollte ja allerdings die Abgeordneten an keine Instruktionen gebunden sein, sondern nach eigenem freien Ermessen handeln; aber in ihrem Interesse wäre ihnen zu raten, daß sie sich nicht gar zu weit von der Volkswirtschaft entfernen. Denn der Ansehensverlust, den der Reichstag mit seinem ewigen Regierungskrisen bei Wählern erteilt, ist einträglich und abschreckend genug, um einmal eine starke Revolte gegen das ganze alte Parteiwesen entstehen zu lassen. Leider sieht aber auch ein Teil der Presse nicht seine Aufgabe darin, dem Fraktionsgeist das gesunde Volksempfinden entgegenzusetzen, sondern schwimmt vielmehr voran im „taktischen“ Fahrwasser. So legt in diesen Tagen s. B. die „Deutsche Zeitung“, die von manchen guten Nichtpolitikern für ein selbständiges, des nationalen Blatt gehalten wird, alle Kraft ein, um im Auftrag des politischen Flügel der Deutschnationalen deren Verdrängung an einen Gemischten Kabinetts zu verhindern. Ein oder zwei Verbindungsmänner seien viel zu wenig. Denn wir aber keine Partei mehr haben und wenn jede Partei freie Hand behalten soll? Dann könnte man doch über die Personalfragen hinweggehen und erst einmal die Maschine in Gang bringen. Es ist ja die Schwäche eines solchen „überparteilichen“ Kabinetts, daß die Minister sehr unelbständig bleiben und alle wichtigen Entscheidungen in den Händen der Fraktionen bleiben, die dauernd und unumwunden und gewonnen werden müssen.

## Das Eisenbahnunglück in Herne.

23 Tote — 61 Verletzte.

(Berlin. Die Namen der bei dem Herner Eisenbahnunglück getöteten Personen sind folgende:

1. Ehefrau Soltysh aus Idern, Westfalen
2. Hans Bestring aus Herne, Westfalen
3. Johann Korn aus Dortmund
4. Johann Holtfiker aus Dortmund
5. Kaufmann Hoff aus Dortmund
6. Georg Wenzler aus Herne
7. Michael Witzel aus Solzburg in Bayern
8. Johann Bollmer aus Herne
9. Gustav Huppenstiel aus Herne in Westfalen
10. Franz Groch aus Dortmund
11. Elisabeth Trente aus Osterfeld, Westfalen
12. Albert Korwitsch, Wohnung unbekannt
13. Richard Hof aus Dortmund
14. Otto Horstmann aus Dortmund
15. Karoline Jung aus Castrop
16. Lehrerin Gertrud Tuhage aus Dortmund
17. Wilhelm Drosch aus Braunschweig
18. Hildegard Dürbusch aus Dortmund
19. Frieda Grumberg aus Herne
20. Frau Weller aus Hamburg, deren beide Kinder von 6 und 7 Jahren leben.

Als vermißt gemeldet wurden bei der Polizei zwei Personen. Die Gesamtzahl der Toten beträgt somit 23, von denen 12 im katholischen Krankenhaus, 4 im evangelischen Krankenhaus und 6 in der Totenkammer in Herne aufgebahrt sind. Die Zahl der Verletzten beträgt im ganzen 61, von denen aber zahlreiche sich in ihre Heimat zurückbegeben konnten.

### Die Namen der Schwerverletzten.

(Berlin. Bisher sind als Schwerverletzte bei dem Eisenbahnunglück in Herne festgesetzt:

1. Gustav Wobenstein-Wanne, 2. Gustav Wobenstein-Natfeld, 3. Wönnkes-Herne, 4. August Schäfer-Gelsenkirchen, 5. Wilhelm Beckamp-Breiten (lebensgefährlich), 6. Walter Weller-Hamborn, 7. Albert Weller-Hamborn (lebensgefährlich), 8. Franz Wiggers-Köln, 9. Karl Bombel-Dortmund, 10. Hellmuth Trende-Dortmund, 11. Heinrich Schulz, 12. Dartmann-Wunzel. Der Oberbürgermeister von Essen hat der Eisenbahnverwaltung sein Beileid ausgesprochen und die städtischen Krankenautos zur Verfügung gestellt.

### Die Verkehrsunfälle in der Nachkriegszeit.

Das große Eisenbahnunglück in Westfalen beleuchtet wieder einmal aufs grellste, welchen Rückschritt die Kriegs- und Nachkriegszeit auch auf dem Gebiete der Verkehrssicherheit gebracht hat. Eisenbahnunfälle von der Größe derer, die wir in den letzten Jahren immer wieder und nicht nur in Deutschland erlebt haben, gehörten vor dem Kriege zu den Seltenheiten. Heute blüht man bereits nach kurzer Zeit über diese Menschen mordenden Unfälle zur Tagesordnung überzugehen. Wir haben es fast schon vergessen, daß allein in den letzten beiden Jahren zwei große Unglücksfälle in der Gegend von Krefeld zu verzeichnen waren, die zusammen 55 Opfer forderten. Das Unglück von Ludwigsfeld, wo ein Güterzug von der Brücke in die Tiefe stürzte, das Eisenbahnunglück von Westfalen, das Deutschland eines seiner bedeutendsten Volkswirtschaftler beraubte, das Unglück auf dem Weidamer Bahnhofs, der Zusammenstoß von Mainz, das 13 Personen zum Opfer fielen, das alles sind Glieder in einer Kette, die in Zeiten, in denen das Menschenleben noch etwas galt, wohl zu ersten Nachdenken und durchgreifenden Maßnahmen veranlaßt hätten. Die Hauptursache an den Eisenbahnunfällen der jüngsten Zeit, an dem Zusammenstoß von Herne, dürfte die körperliche und seelische Abspannung des Zugpersonals sein. In einer geradezu ungeheuerlichen Verkennung der Bedeutung des Verkehrswesens hat die Entente die deutsche Reichsbahn neuerdings noch dazu zum Gewinnobjekt zugunsten ihrer erprobten Schuldensprüche gemacht. Die Folge davon ist, daß das Personal der Bahn noch mehr als bisher in seinen Ansprüchen beschränkt und zahlenmäßig „abgebaut“ werden muß. Belastet mit den Sorgen und täglichen Auskommen und mit der Angst vor gänzlichem Verlust der Stellung können die Eisenbahnangestellten und Beamten unmöglich ihren verantwortungsvollen Dienst so versehen, wie es im Interesse der Gesamtheit notwendig ist. Aber was kümmert die allfälligen Kriegssprossler das Wohl der Allgemeinheit?

### Der regelmäßige Verkehr wieder aufgenommen.

Herne. (Zuspruch.) Zu dem Eisenbahnunglück in Herne wird von zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß die Auswärtigenarbeiten gestern nachmittag beendet waren, so daß der regelmäßige Verkehr wieder aufgenommen werden konnte. Der Zustand der in den Herner Krankenhäusern untergebrachten Schwerverletzten ist im allgemeinen der gleiche geblieben. Nach den Aussagen der Ärzte hofft man sämtliche Schwerverletzten am Leben zu erhalten.

### Beileidsbekundung des Reichspräsidenten.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichspräsident hat an den Präsidenten der Reichsbahndirektion Essen folgendes Telegramm gerichtet:

Tiefbewegt über das schwere Eisenbahnunglück in Herne bitte ich Sie, den Familien der auf so schreckliche Weise ums Leben gekommenen den Ausdruck meines herzlichsten Beileids zu übermitteln und den zahlreichen Verletzten mit der Versicherung meiner Teilnahme meine besten Wünsche für ihre baldige Wiederherstellung auszusprechen. Reichspräsident Ebert.

### Eine Falschmeldung.

(Essen. Wie wir auf Anfrage bei der Reichsbahndirektion Essen erfahren, entspricht die von den Wählern verbreitete Nachricht von einem Eisenbahnunglück in Duisingen, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen seien, nicht den Tatsachen.

### Der Dawesplan in Gefahr.

New York. Senator Borah hielt im Senat eine sehr beachtenswerte Rede, in der er ausführte, daß der Erfolg des Dawesplans solange fraglich bleibe, bis die Endsumme der von Deutschland zu zahlenden Reparationen endgültig festgelegt worden sei. Die ausländische Industrie- und Handelskontrolle müsse sofort beseitigt werden, denn Deutschland bedürfe zur Ausführung des Dawesplans vollste Freiheit auf allen Wirtschaftsgebieten. Der Dawesplan könne nur dann voll zur Auswirkung gelangen, wenn die Endsumme der deutschen Verpflichtungen in den durch die Vernunft gebotenen Grenzen festgelegt würde. Heute sei der Dawesplan bereits wieder in Gefahr. Die weitestgehende Bedeutung dieses Planes liege darin, daß er Wege eröffne, die zur Lösung der großen Wirtschaftsprobleme Europas führen könne. Er müsse in verschiedenen Punkten abgeändert werden, denn er überantworte natürliche und industrielle Energiequellen einer großen Nation fremder Interessen. Nur dann stelle er eine Dauerlösung dar, wenn Deutschland größere Anleihen erwirken würde.